

MATERIALIEN

zu den Themen

- *Ein Bürgerhaushalt für die Brucker Bürgerschaft*
- *Öffentliche und konsumzwangfreie Räumlichkeiten für alle Einwohner*

Die Anregungen sollen Eingang finden in die konkrete Stadtratsarbeit.



Vorschläge der *Initiativen*
"Fürstenfeldbruck im Wandel"
und "Fürstenfeldbruck aktiv"

www.ffbaktiv.de
ffbaktiv@ffbaktiv.de

Öffentliche Räume für die Bürger öffnen und neue schaffen

Konsumzwangfreie Räumlichkeiten in allen Stadtteilen in Selbstverwaltung

Im Konzeptfindungsprozess der Stadt für die Schaffung eines Teilhabebeirats wurde diese Thematik aufgegriffen und positiv bewertet. Sogar verbunden mit der Forderung nach Selbstverwaltung, ohne deren Rechte und Pflichten zu konkretisieren. Eine entsprechende Forderung soll von einer Vorbereitungsgruppe ausformuliert werden. Das Konzept wird letztlich dem Stadtrat vorgelegt.

Der Mangel an öffentlichen Räumen für die Bevölkerung steht außer Frage. Wir und andere Gruppierungen sind ständig auf der Suche, um möglichst zentral, also stadtkern-nah, Infoabende anbieten zu können.

Konsumzwangfrei bedeutet, dass öffentliche Räume besucht werden können, ohne dass ein Konsum von Getränken und Speisen stattfinden muss, weil der Umsatz bzw. die Betriebskosten gedeckt werden müssen. Das heißt ganz klar, diese sind von der Stadt zu übernehmen.

Das hatten wir vor zwei Jahren bereits für den Umbau des Lichtspielhauses vorgeschlagen. Unsere diesbezügliche Wunschliste ging an den Lichtspielhaus-Verein und an den OB Pleil. Auch die neue IG Lichtspielhaus kannte sie. Gewählt wurde die Konsum-Variante, um die Betriebsgelder einzuspielen. Kultur spielt eindeutig eine untergeordnete Rolle - obwohl Kommunen die Basis der Demokratie sind, deren Zustand von dem der Kultur vor Ort abhängt.

Mit zentrumsnahen Kulturräumen oder einem Kulturhaus sollte begonnen werden. Engagierte Bürger könnten sich zu einem Organisationsrat zusammen finden, der die Selbstverwaltung in die Hand nimmt. Wir stellen uns vor, dass alle modernen Kommunikationseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Hierzu gehören Beamer, Leinwand, Laptop, Tonanlage, Telefon und Internetanschluss.

Lässt es die Größe zu, sollte auch eine Bühne mit Nebenräumen vorhanden sein.

Hier könnten auch die laufenden Versammlungen zum Bürgerhaushalt stattfinden.

Denkbar ist die Einrichtung einer monatlichen kommunalpolitischen Gesprächs-Runde unter dem Motto Motto: „Mitreden. Mitmachen. Mitbestimmen. Offenheit und Transparenz in der Kommunalpolitik“.

Des weiteren sehen wir ein Bürgerbüro für wechselseitige Bürgerinformation als erforderlich an – das mit dem angesprochenen Kulturhaus kombiniert werden kann.

Wechselseitig soll heißen, zum einen kann die Stadt ihre Infos, Umfragen und Publikationen vermitteln. Zum anderen können Bürgergruppen und Initiativen und auch Einzelpersonen ihre Anliegen zu Gehör bringen, um bspw. Hilfestellung zu bekommen, Hilfsleistungen anzubieten, Anregungen und Wünsche öffentlich zu machen, Vernetzung zu betreiben und um demokratische Aktivitäten zu organisieren.

Ein positives Beispiel gibt der Verein „BürgerInteressen Talheim e.V. (BIT)“:

www.bit-talheim.de/mitglied-werden.

Der Bürgerhaushalt

auch partizipativer Haushalt oder Beteiligungshaushalt genannt, ist eine in den 1980er Jahren entwickelte, direkte Art von (kommunaler) Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung einer Stadt, einer Gemeinde oder einer anderen Verwaltungseinheit bemüht sich dabei um mehr Haushaltstransparenz und lässt die Bürger mindestens über Teile der frei verwendbaren Haushaltsmittel mitbestimmen und entscheiden. Über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel verständigen sich die Bürger dabei in einem deliberativen Prozess selbstständig, den die Verwaltung vorwiegend moderierend und beratend begleitet.
(Wikipedia)

Zur Geschichte:

Der erste Bürgerhaushalt wurde 1989 in Porto Alegre (Brasilien) durchgeführt.

Er sollte soziale Gerechtigkeit und Basisdemokratie zusammenbringen. In den 16 Regionen der Stadt werden seitdem auf Bürgerversammlungen Vorschläge gesammelt und von den Einwohnern mit Prioritäten versehen. Es geht dabei hauptsächlich um Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur. Gewählte Vertreter dieser Bürgerversammlungen sortieren dann die Vorschläge aus allen Regionen. Ein Vorhaben wird umso besser bewertet, je ärmer der jeweilige Stadtteil ist.

Anfangs beteiligten sich nur einige hundert Einwohner, mittlerweile beteiligen sich jedes Jahr mehrere zehntausend Bürger an dem aufwändigen Verfahren, entscheiden über Millionensummen. An ihrer Spitze steht der „Rat des Bürgerhaushalts“, der den Ablauf überwacht. Er ist unabhängig von der Stadtverwaltung und kontrolliert, was aus den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens wird. Die Mitglieder des Rates dürfen nur einmal wiedergewählt werden, damit sie nicht selbst Teil des Ämterpropozes werden können.

Vorbild vieler Bürgerhaushalte in Deutschland wurde die Stadt Christchurch in Neuseeland. Hier geht es nicht darum, ein Gegengewicht zur Verwaltung aufzubauen oder Gelder umzuverteilen, sondern darum, die Verwaltung durch Bürgerbeteiligung zu verbessern. Der Staat soll kein Gegenspieler sein, sondern ein Anbieter, dem der Bürgerhaushalt hilft, seine Leistungen zu optimieren. Die Einwohner haben in mehreren Runden die Möglichkeit, ihrer Stadtführung vorzuschlagen, was sie wo besser machen kann.

Der Stadtrat erklärt dann, was er davon hält, ob und warum er die Vorschläge umsetzt oder nicht. Die Politik behält also die Entscheidungsmacht, legt den engagierten Bürgern aber immerhin Rechenschaft ab. Am Ende veröffentlicht die Stadtverwaltung den Haushalt, und zwar nicht als unverständlichen Bilanzwust, sondern als leicht verständliche Übersicht über ihre Leistungen, mit Bildern und kurzen Beschreibungen. Um über die Stadtfinanzen mitreden zu können, müssen die Einwohner erst einmal verstehen, wie diese funktionieren – diese Idee hat es vielen deutschen Kommunen besonders angetan. In der hessischen Gemeinde Groß-Umstadt zum Beispiel hat man den Haushalt mittlerweile auf eine 30-seitige Broschüre reduziert, die an alle Haushalte verteilt wird.

Aktuell wird seine Einführung in mehr als 120 Kommunen in Deutschland diskutiert, mehr als 90 Kommunen haben ihn bereits.

Das Verfahren ist in drei Stufen unterteilt:

1. Offene Bürgerversammlungen

In einem ersten Schritt werden bei offenen Versammlungen in den Stadtteilen Prioritäten und Wünsche diskutiert. Diese Versammlungen dienen ausschließlich der Verständigung der Bürger untereinander; Vertreter der Stadt sind hier nicht involviert.

Bei stadtteilübergreifenden, regionalen Bürgerversammlungen in den 17 Bezirken stellt die Verwaltung den Investitionsplan des letzten Jahres vor. Die Anwesenden diskutieren Vorschläge für das kommende Jahr, legen ihre Prioritäten fest und wählen Delegierte für den Rat des Bürgerhaushalts und die Delegiertenforen.

Die Prioritäten und Vorschläge, die nicht stadtteilspezifisch sind, werden zudem in themenspezifischen Versammlungen weiter vertieft.

2. Delegiertenforen

Die in die regionalen Delegiertenforen gewählten Bezirksvertreter arbeiten die Wünsche und Prioritäten der Bürger weiter aus und priorisieren sie. Sie legen eine übergeordnete Prioritätenliste entsprechend der zuvor gewählten Prioritäten fest. Auch an diesen Treffen können alle Bürgerinnen und Bürger teilnehmen, allerdings haben hier nur Delegierte Stimmrechte. Die Delegierten diskutieren außerdem Ende des Jahres das Regelwerk für den nächsten Bürgerhaushalt.

3. Rat des Bürgerhaushalts

In einer großen Versammlung werden die durch die Delegiertenforen erarbeiteten Listen an den Bürgerhaushalts-Rat gegeben. Delegierte aus den Versammlungen der Bezirke sowie aus den Themenversammlungen bilden den Conselho do Orcamento Participativo (COP), also den Bürgerhaushalts-Rat. Aufgabe dieser Delegierten ist es, Kriterien zur Mittelverteilung zu diskutieren und den zuvor vom Planungsbüro und dem Bürgermeisteramt entworfenen Haushaltsentwurf weiterzuentwickeln. Der partizipativ weiterentwickelte Haushaltsentwurf wird dann der Legislative vorgelegt. Organisiert werden die Treffen des COP vom Koordinationsbüro des Bürgermeisteramtes. Der Rat bildet zudem eine zentrale Kontrollinstanz. Er kontrolliert die Analyse zur Umsetzbarkeit von Vorschlägen durch die Verwaltung. Die aus den Delegiertenforen hervorgegangenen Prioritäten werden formaljuristisch von der Legislative verabschiedet. Der COP fordert hierzu eine Rechenschaft ein und verabschiedet außerdem das vom Delegiertenforum entwickelte Regelwerk für den Bürgerhaushalt des darauf folgenden Jahres.

Ein positives Beispiel gibt Berlin Lichtenberg:

<https://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de/>

<http://stz-lichtenbergnord.de/buergerbeteiligung/buergerhaushalt/>

Praxis und Erfahrungen: <https://www.bpb.de/system/files/pdf/N4TZS.pdf>

Weiterführendes, Netzwerke, Quellen:

<https://skew.engagement-global.de/buerger-und-beteiligungshaushalt.html>

<https://skew.engagement-global.de/netzwerk-buergerhaushalt.html>

<http://participedia.net/de/faelle/partizipativer-haushalt-porto-alegre>

<http://buergerhaushalt.org/de/article/wer-hat%E2%80%99s-erfunden-brasilien>

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Kommunalpolitik/OP-Vortrag.pdf (detaillierte Darstellung der Erfahrungen in Porto Alegre)

„Bürgerhaushalte weltweit - Aktualisierte Studie“ und eine PP-Präsentation von Dr. Antonio Inacio Andrioli über Porto Alegre sind einsehbar auf der Seite

www.ffbaktiv.de/kommunalpolitische-diskussion

Die Servicestelle „Kommunen der Einen Welt“ organisiert alljährlich in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ein Netzwerktreffen zum Thema Bürgerhaushalt. Die Veranstaltung richtet sich an die Mitglieder des Netzwerkes Bürgerhaushalt.

Sofern Interesse von Kommunen besteht, die sich neu mit dem Thema Bürgerhaushalt beschäftigen, wird um Kontaktaufnahme gebeten. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt übernimmt die Reisekosten nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes und stellt eine Übernachtungsmöglichkeit zur Verfügung.

Kontakt:

David Honka, Telefon +49 228 20-717-328, E-Mail david.honka@engagement-global.de